

EU-Info 4/2014

Zehnpunkteprogramm von Jean-Claude Juncker

In seiner Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament stellte der designierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sein Zehnpunkteprogramm für einen europäischen Neustart vor. Während seiner Amtszeit will er sich auf jene Bereiche konzentrieren, in denen Europa Großes leisten kann, aber die „kleinen“ Dinge gemäß dem Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip den nationalen Regelungskompetenzen überlassen. Deziidiert spricht er dabei auch die lokale Ebene an.

Sein Programm gibt die Leitlinien für die nächste Kommission vor, die er als deren Präsident auf den Weg bringen will.

1) Wachstum, Beschäftigung und Investitionen

Europäische Mittel sollen erhebliche Investitionen in die Realwirtschaft anstoßen. Juncker geht davon aus, damit 300 Mrd. € an öffentlichen und privaten Investitionen auslösen zu können. Offen ist allerdings, welche EU-Mittel er dabei im Auge hat und wie die vorgeschlagene erleichterte Freigabe dieser Gelder erfolgen soll. Investiert werden soll in Zukunftsbereichen wie Breitband, Energieeffizienz, erneuerbare Energie, Ausbau der Verkehrsnetze in Industriezentren, Bildung, Forschung etc. Gleichzeitig soll dieses Konjunkturprogramm dazu dienen, Beschäftigung für junge Menschen zu schaffen.

2) Vollendung des digitalen Binnenmarkts

In den ersten sechs Monaten des Mandats der neuen Kommission sollen wesentliche Legislativvorschläge (einheitlicher Datenschutz, Telekom-Regulierung, Copyright-Bestimmungen) vorgelegt werden.

3) Energie- und Klimapolitik

Klares Bekenntnis zum Ausbau erneuerbarer Energien, zur Diversifizierung europäischer Energiequellen und zum Ziel, möglichst energieautonom zu werden. Keine Aussagen zu Kernenergie.

Energieeffizienz wird unter Juncker stärker ein Thema sein als unter Präsident Barroso, er tritt für ein verbindliches Energieeffizienzziel bis 2030 ein. Dies dürfte zu einer Verschärfung der RL über die Energieeffizienz von Gebäuden führen.

4) Vertiefung eines fairen Binnenmarkts

Die Vollendung des Binnenmarkts ist auch für die nächste Kommission klares Ziel. Juncker will insbesondere die Industrieproduktion in Europa stärken und deren EU-

BIP-Anteil von derzeit 16% auf 20% anheben. Interessant auch seine Aussagen zur Steuerpolitik. Die Kommission soll Steuerbetrug bekämpfen und die Zusammenarbeit der nationalen Abgabenbehörden koordinieren. Eine einheitliche Basis zur Unternehmensbesteuerung und die Einführung der europaweiten Finanztransaktionssteuer zählen ebenso zu Junckers Vorhaben, für einen Luxemburger durchaus interessant.

5) Vertiefung einer fairen Wirtschafts- und Währungsunion

Dazu will Juncker im ersten Jahr seiner Amtszeit mehrere Legislativvorschläge vorlegen. Mittelfristig soll die Troika durch eine demokratischere Struktur abgelöst werden und die Unterstützung kriselnder Mitgliedstaaten sollte nicht nur eine fiskalische sondern auch eine soziale Folgenabschätzung beinhalten. Juncker verwehrt sich dagegen, das Auseinanderdriften von Arm und Reich durch europäische Maßnahmen zu begünstigen.

6) TTIP-Verhandlungen

Grundsätzliche Unterstützung für das EU-USA Freihandelsabkommen, insbesondere was den Wegfall von Zöllen und die Anerkennung von Produktstandards betrifft. Die EU soll aber keine Zugeständnisse bei Nahrungsmittelqualität, Datenschutz, kultureller Vielfalt oder Gesundheitsstandards machen. Bekenntnis zu größerer Transparenz der Verhandlungen.

7) Grundrechte und justizielle Fragen

Im Kabinett Juncker soll es einen Kommissar für die Europäische Charta der Grundrechte geben, der auch den Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention des Europarats vorbereitet.

8) Zuwanderungspolitik

Die EU muss sich zu einer gemeinsamen Asylpolitik durchringen, es braucht mehr europäische Solidarität. Das Budget der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX muss aufgestockt werden, wenn sie ihre Aufgabe tatsächlich erfüllen soll. Die Zusammenarbeit mit Drittstaaten ist zu verbessern, Schlepper sollten vor Gericht gestellt werden. Im Kabinett Juncker wird es einen Kommissar für Migrationsfragen geben.

9) Außen- und Sicherheitspolitik

Juncker tritt für eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sowie gemeinsame Beschaffung in der Verteidigungspolitik ein.

Die EU-Erweiterung der letzten zehn Jahre war ein Erfolg, muss aber nun einmal verdaut werden. In den nächsten fünf Jahren werden daher keine neuen Mitgliedstaaten aufgenommen, obwohl die Beitrittsperspektive des Westbalkans natürlich aufrecht bleibt.

10) Demokratisierung der EU

Juncker will Präsident einer politischen Kommission sein, die sich auf Augenhöhe mit Rat und Parlament befindet und den Dialog mit beiden Institutionen pflegt. Zu einer demokratischeren Union zählt für Juncker auch ein Transparenzregister für alle

Institutionen, die Kommission soll hier mit gutem Beispiel vorangehen. Die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten soll verbessert werden.

Fazit:

Im Zehnpunkteprogramm, das die Grundlage von Junckers Arbeit bildet und wohl auch die Gestaltung der Ressorts und Auswahl der Kommissare beeinflussen wird, ist für jeden etwas dabei.

Interessant wird die Phase der Umsetzung. Dann wird sich herausstellen, ob Juncker sein Versprechen halten kann, sich auf die „großen“ Dinge zu konzentrieren und „kleine“ Vorschläge auch zurückzuziehen, wenn Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfung dies empfehlen.

Viele Vorschläge betreffen jedenfalls tatsächlich Bereiche, deren Regelung auf europäischer Ebene sinnvoll wäre und zu mehr Effizienz insgesamt führen würde. Ob die Mitgliedstaaten sich aber dazu durchringen, Kompetenzen in der Steuer-, Asyl- oder Verteidigungspolitik abzugeben bzw. enger miteinander zu kooperieren, wird abzuwarten sein.